



Berlin, 12.12.2017

Thorsten Frei MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-73 972
Fax: +49 30 227-76 972

Wahlkreisbüro:
Justinus-Kerner-Straße 5
78048 Villingen-Schwenningen
Telefon: +49 7721 99 535 44
Fax: +49 7721 99 535 45

thorsten.frei@bundestag.de
www.thorsten-frei.de

V.i.S.d.P.
Thorsten Frei MdB

Thorsten Frei dankt den deutschen Soldaten in Afghanistan und hofft auf mehr Effizienz europäischer Sicherheitsbemühungen durch den Beschluss einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit.

Der Deutsche Bundestag hat heute die Fortsetzung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan beschlossen. Thorsten Frei betonte zu Beginn seiner Rede die politische Bedeutung der Bundestagsentscheidung in Bezug auf den damit zum Ausdruck kommenden politischen Rückhalt „für unsere Soldaten, die über Weihnachten ihren Dienst fernab von Heimat und Familie leisten“. Dafür dankte der direkt gewählte Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Schwarzwald-Baar/Oberes Kinzigtal den knapp 1.000 in Afghanistan ihren Dienst leistenden Soldaten.

Mit Blick auf das Mandat selbst stellte Frei fest, dass sich die Sicherheitslage weiter deutlich verschlechtert hat. Nur noch 56,8 % der 401 Distrikte stehen unter Kontrolle der Regierung. Davon zeugen aus seiner Sicht auch die etwa 350.000 Menschen, die in diesem Jahr zur Flucht vor Gefechten gezwungen wurden.

Angesichts dieser schwierigen Lage ist es für Thorsten Frei zu einfach, lediglich zu sagen, dass die deutsche Sicherheit nicht am Hindukusch verteidigt wird, sondern an der Grenze Deutschlands bzw. den EU-Außengrenzen. Dem widersprach er – an die Adresse von Linken und AfD gerichtet – mit Verweis auf die sicherheitspolitischen Wechselwirkungen in unserer globalisierten Welt ganz vehement.

Für Deutschland ist der Einsatz in Afghanistan vor allem eine Frage deutscher Interessen. „Wir wollen erreichen, dass Afghanistan kein neuer Hort für Terroristen wird, der sich ungestört durch Drogengelder speist und Attentäter für Europa am Fließband produziert. Diese Gefahr bestehe aber, solange Afghanistan für 70 bis 90 Prozent der weltweiten Opiumernte stehe und etwa 50 % der Drogenerlöse in Höhe von 1,4 Mrd. Dollar in die Tasche der Taliban fließen“, so Frei.

Jetzt komme es darauf an, das seit zwei Jahren existierende Patt zwischen Kabuler Zentralregierung und den Aufständischen zu durchbrechen. Dazu braucht es mehr militärische Hilfe von außerhalb, auch aus Deutschland, um technische Defizite und Führungsdefizite bei den noch jungen nationalen afghanischen Sicherheitskräften auszugleichen. Denn ohne militärische Sicherheit kann es keinen zivilen Staatsaufbau geben. „Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass die Sicherheitslage in Afghanistan möglichst schnell verbessert wird, so dass die internationale Gebergemeinschaft auf die Regierung Ghani mehr Druck ausüben kann, um weitere dringende Reformen umzusetzen und einen ehrlichen und konstruktiven Friedensprozess mit den Taliban zu ermöglichen.“ Alles andere wird auf lange Sicht kein stabiles Afghanistan zur Folge haben.

Mit Blick auf ein mögliches stärkeres Engagement Deutschlands in Afghanistan, aber auch sonstigen europäischen Initiativen zur



Vertretung der gemeinsamen Sicherheitsinteressen begrüßte Frei im Anschluss im Rahmen einer aktuellen Stunde zum Europäischen Rat am 14./15. Dezember 2017 in Brüssel die Vereinbarung einer Ständigen Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Frei betonte dabei, dass wir in einer Zeit großer Herausforderungen und Chancen lebten, in denen es vor allem darauf ankomme, Europa, seine Mitgliedstaaten sowie die Bürger nicht zu spalten, sondern zu einigen. Deshalb müsste sich die Politik darauf konzentrieren, was den Menschen nutzt, was sie schützt und was Europa insgesamt nach vorn bringe. „Und wenn man sich mit solchen Gedanken beschäftigt, dann muss man ausschließlich auf einen europäischen Mehrwert ausgerichtet denken.“ Dabei gilt für ihn: „Nicht alles was europäisch gelöst wird, wird am Ende gut gelöst“, weshalb er eine konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips anmahnte.

Im Ergebnis sei jedoch ganz klar, dass die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zentral sei, um einen solchen Mehrwert für alle zu generieren. Deshalb ist es richtig, dass die Mitglieder der EU die PESCO beschlossen haben. Diese offenbart ein großes Einsparpotenzial, aber vor allem geht es um eine gesteigerte Effektivität. Frei illustrierte die heute fehlende EU-Effizienz daran, dass Europa heute etwa 1/3 der Verteidigungsausgaben der USA aufbringe, in Summe etwa 200 Mrd. EUR, aber nur über etwa 15 % der militärischen Fähigkeiten verfüge.

„Wir müssen effizienter sein, um unsere Interessen schützen und erfolgreich vertreten zu können. Wir können uns nicht nur auf die USA verlassen. Deshalb brauchen wir Lösungsstrategien, um handlungsfähiger zu sein. PESCO ist aus meiner Sicht die richtige Antwort. Wir müssen in unsere Handlungsfähigkeit investieren. Heute spielen wir in Syrien keine Rolle, obwohl Deutschland hauptsächlich von den Flüchtlingsauswirkungen betroffen ist.“